

Verein zur Förderung der Frauenpolitik in Deutschland e.V.  
Geschäftsstelle der BAG Weydingerstraße 14-16 10178  
Berlin

## **Gleichstellung digital: Grenzen überschreiten - Horizonte öffnen**

Unter dem Motto „Gleichstellung digital“ greift die 26.  
Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und  
Gleichstellungsbeauftragten das hochaktuelle Thema  
Digitalisierung auf. Die Konferenz fand erstmalig als digitale  
Veranstaltung in Flensburg am 30.08.2021 und 31.08.2021 statt.

Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz  
Deutschland schalteten sich virtuell in Foren, Vorträge und  
Workshops zu, um sich über Digitalisierung unter dem Aspekt der  
Geschlechtergerechtigkeit auszutauschen. Weitere Themen der  
Konferenz waren die Arbeitssituation der Pflegebranche, Gewalt  
gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel,  
die Abschaffung des § 218 und 219a StGB.

Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht eröffnete die  
Konferenz mit einem Grußwort: "Wir wollen die Digitalisierung  
nutzen, um unsere Gesellschaft gerechter und moderner zu  
machen. Die Gleichstellung von Frauen und Männern wollen wir  
weiter voranbringen. Das betrifft viele Lebensbereiche, etwa die  
Erhöhung des Frauenanteils in Digitalberufen, das mobile  
Arbeiten oder die Bekämpfung von Diskriminierung und  
Frauenhass im Netz. Unser Ziel ist es, alle Menschen beim  
digitalen Wandel mitzunehmen. Wie wir die Digitalisierung so  
gestalten, dass Frauen und Männer gleiche  
Verwirklichungschancen haben, steht im Mittelpunkt des Dritten  
Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Der Bericht gibt uns  
wertvolle Impulse für unsere weitere Politik. Umso mehr freue ich  
mich, dass die Bundeskonferenz kommunaler Frauen- und  
Gleichstellungsbeauftragter diese Themen aufgreift. So können  
wir gemeinsam die digitalen Weichen stellen für eine  
zukunftsweisende Frauen- und Gleichstellungsarbeit in den  
Kommunen."

### Sprecherinnen

□ **Roswitha Bocklage**  
Stadt Wuppertal  
Leiterin der Gleichstellungsstelle  
für Frau und Mann  
Tel 0 20 2 – 5 63 53 70  
roswitha.bocklage@stadt.wuppertal.de

□ **Sonja Reese-Brauers**  
Kreis Plön  
Gleichstellungsbeauftragte  
Tel 0 45 22 - 74 32 75  
sonja.reese-brauers@kreis-ploen.de

□ **Christel Steylaers**  
Stadt Remscheid  
Gleichstellung von Frau und Mann  
Tel 0 21 91 - 16 22 57  
Christel.Steylaers@remscheid.de

□ **Simone Thomas**  
Stadt Freiburg  
Frauenbeauftragte  
Stelle zur Gleichberechtigung der Frau  
Tel 07 61 - 2 01 17 00  
frauenbeauftragte@stadt.freiburg.de

□ **Inge Trame**  
Stadt Gütersloh  
Leiterin Fachbereich Chancengleichheit  
und Vielfalt, Gleichstellung, Integration  
Tel 0 52 41- 82 20 80  
inge.trame@gt-net.de

□ **Katja Weber-Khan**  
Stadt Osnabrück  
Gleichstellungsbeauftragte,  
Leiterin Referat Chancengleichheit  
Tel 05 41 - 3 23 44 41  
gleichstellungsbuero@osnabrueck.de

Sonja Reese-Brauers, Gleichstellungsbeauftragte aus dem Landkreis Plön: „Gleichstellung muss die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnis und Digitalisierung berücksichtigen. Damit kann ein Beitrag zum Abbau struktureller Ungleichheiten, Geschlechtsstereotypen und Diskriminierungen geleistet werden.“

Der Handlungsbedarf ist groß, wie aktuelle Zahlen zeigen:

> **Der Frauenanteil in der Digital- und Informatikbranche liegt bei lediglich 16 Prozent.** Im Topmanagement sind Frauen in der Digitalbranche eine Seltenheit. Der Gender Leadership Gap liegt hier bei 5:1.

> **Homeoffice und Care:** Frauen und Männer weiten im Homeoffice ihre unbezahlte Sorgearbeit aus, allerdings Frauen stärker als Männer.

> **Der Teilzeitanteil** von Frauen in IT-Berufen liegt bei 19 Prozent, bei den Männern bei 5 Prozent. (Durchschnitt bei anderen Berufen: Frauen bei 31 Prozent, Männer bei 8 Prozent)

> Nur ein Drittel aller **Studienanfänger\*innen in MINT-Fächern** sind Frauen. Seit 20 Jahren hat sich der Frauenanteil in der Informatik nur um 5 Prozent auf 22 Prozent gesteigert.

> 70 Prozent aller Frauen im Internet haben bereits **Bedrohungen und Beleidigungen** erlebt. Digitale Gewalt hat fatale Folgen. 19 Prozent aller Betroffenen ziehen sich nach dem Erlebten aus dem Diskurs zurück.

Die Forderungen der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten sind in der **Flensburger Erklärung** zusammengefasst.

Konferenz wählte acht **neue Bundessprecherinnen**: Katrin Brüninghold (Stadt Hattingen), Kerstin Drobick (Bezirksamt Berlin-Mitte), Juliane Fischer-Rosendahl (Bezirksamt Berlin-Spandau), Maja Loeffler (Bezirksamt Berlin-Marzahn-Hellersdorf), Elke Quandt (Stadt Wolgast), Silke Tamm-Kanj (Stadt Würselen), Angelika Winter (Stadt Trier), Anja Wirkner (Landkreis Nürnberger Land) und verabschiedete die langjährigen Sprecherinnen Inge Trame (Stadt Gütersloh), Heike Gerstenberger (Bezirksamt Berlin-Pankow) und Brigitte Kowas (Bezirksamt Berlin-Reinickendorf). Im Gremium verbleiben Christel Steylaers (Stadt Remscheid), Sonja Reese-Brauers (Kreis Plön), Simone Thomas (Stadt Freiburg), Katja Weber-Khan (Stadt Osnabrück), Roswitha Bocklage (Stadt Wuppertal)

## **Hintergrundinformationen: Die Themen der Bundeskonferenz im Überblick**

### **Digitalisierung als Chance für die Gleichstellung**

Durch die Digitalisierung verändert sich der Alltag vieler Menschen und die Vereinbarkeit von Beruf und Care-Arbeit kann erleichtert werden. Noch immer übernehmen Frauen jedoch den Großteil der Sorgearbeit (Gender Care Gap), arbeiten vielfach in Teilzeit oder Minijob, sind kaum in Führungspositionen zu finden und gründen weniger Unternehmen, insbesondere im technischen Bereich.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die strukturelle Benachteiligung von Frauen abzubauen: Neue Gesetze zu Homeoffice und mobilem Arbeiten müssen die Diskriminierungseffekte auf Frauen systematisch ausschließen, Frauen in MINT-Berufen gefördert, Zugänge zu Gründerinnenkapital erleichtert und Standards für die größtmögliche Selbstbestimmung über den wechselnden Arbeitsort festgelegt werden.

### **Pflegekampagne – #wenn, dann jetzt**

Die Pflegekräfte in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und in der häuslichen Pflege arbeiten unter extremen Bedingungen, nicht erst seit der Corona-Krise. Ein Großteil davon sind Frauen. Zu wenig Personal für zu viele Patient\*innen, hohe psychische und physische Belastung und eine schlechte Bezahlung sind an der Tagesordnung. Gute Pflege ist nicht nur systemrelevant, sie ist überlebensrelevant! Bis zum Ende des Jahres führen wir unter dem Motto „Wenn, dann jetzt!“ eine Pflegekampagne in drei Teilen mit den Schwerpunkten „Pflegerbellion“, „Keine Ware“ und „Lebensrelevant“ durch.

Mit der Kampagne [www.pflegerebellion.de](http://www.pflegerebellion.de) solidarisieren wir uns mit den Pflegekräften und fordern eine deutliche Aufwertung der Pflegeberufe. Die Digitalisierung muss für eine veränderte Bewertung und Ausgestaltung von Pflegeberufen genutzt werden z.B. durch die Umsetzung eines angemessenen gesetzlichen Mindestlohns und eine Tarifbindung in der Pflegebranche sowie verbesserte Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten.

### **Mehr Schutz vor geschlechtsbezogenem Hass im Netz**

Im digitalen Raum besteht ein hohes Gefährdungspotential durch geschlechtsbezogene Gewalt und sexualisierte Belästigung. Wir fordern eine systematische Berücksichtigung des Themas digitale Gewalt in Digitalisierungsprozessen, mehr Schutz vor geschlechtsbezogener Gewalt im Netz durch die Förderung und den Ausbau zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte zu diesem Thema und den Aufbau von Kompetenzen und

nachhaltigen Strukturen bei Polizei-, Strafverfolgungs- und Ordnungsbehörden sowie der Justiz.

### **Jeden dritten Tag - keine mehr!**

In Deutschland wird durchschnittlich jeden dritten Tag eine Frau durch ihren (Ex-)Partner getötet. Häufigstes Motiv ist dabei die Trennungsabsicht der Frau oder eine bereits erfolgte Trennung, welche der Ex-Partner nicht akzeptiert. Der Begriff „Femizid“ bezeichnet die Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Die Bundesregierung hat im Januar 2018 die Istanbul-Konvention zum Schutz gegen Gewalt gegen Frauen ratifiziert. Bund, Länder und Kommunen sind verpflichtet, entsprechende Maßnahmen zur Gewaltprävention und zum Gewaltschutz umzusetzen. Wir fordern die Bundesregierung zu einer zeitnahen Anerkennung des Femizids als Straftatbestand im deutschen Strafrecht auf.

### **Lebensgefährliche Datenlücken**

Noch immer gibt es nicht nur einen Gender Pay Gap, sondern auch einen Gender Data Gap. Genderaspekte sind in allen wissenschaftlichen Disziplinen unverzichtbar. Ohne diese Daten und Erkenntnisse entstehenden Wissenslücken, die eine Diskriminierung von Frauen bedeuten und sich stark auf das Leben und die Gesundheit auswirken. Beispiele aus der Forschung zeigen, dass z.B. Autotests mit nur männlichen Dummys fatale Folgen haben. Laut Statistik haben Frauen ein um 47-prozentig erhöhtes Risiko bei einem Verkehrsunfall verletzt zu werden. Auch medizinische Forschung basiert oft nur auf Daten von Männern, dabei sind die Symptome bei Krankheiten je nach Geschlecht verschieden.

Wir fordern das Bundesministerium für Gesundheit auf, dass die geschlechtsspezifische Medizin Teil von Forschung, in Kliniken und Lehre werden muss – und das in allen medizinischen Disziplinen. Die Erhebung geschlechterspezifischer Daten ist für die Identifizierung von Gender Gaps unerlässlich.

### **150 Jahre § 218 und 219a StGB – Wir brauchen eine zeitgemäße Regelung im Schwangerschaftskonfliktgesetz**

Die Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen ist vor 150 Jahren im Strafgesetzbuch getroffen worden und stellt alle Abbrüche damit grundsätzlich unter Strafe. Eine Straffreiheit gilt nur für bestimmte Ausnahmen. Wir fordern die Bundesregierung auf, §§ 218 und 219a StGB aus dem Strafgesetzbuch zu streichen und befürworten stattdessen eine zeitgemäße Regelung des Verfahrens im Schwangerschaftskonfliktgesetz.

Bereits heute ist die Versorgung von Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen wollen, in

Deutschland nicht mehr überall gewährleistet. Seit 2003 bis Anfang 2020 ging die Zahl der gemeldeten Stellen, die einen Abbruch durchführen, um fast 45 Prozent zurück. Auch Flensburg, ausrichtende Stadt der 26. Bundeskonferenz, ist von dieser Entwicklung betroffen. Mit einer öffentlichkeitswirksamen Aktion machten die Flensburger\*innen am Montagabend auf die drohende Nichtversorgung von Frauen durch das künftige konfessionelle Zentralkrankenhaus in Flensburg aufmerksam. Mit Spruchbändern, die an der Reling eines Schiffes im Wind flatterten, taten sie ihre Forderungen kund: Der Bund und die Länder müssen ihrer Verpflichtung nachkommen und wirksame Strategien zur Sicherstellung qualitativ hochwertiger und flächendeckender Versorgungsangebote zur Vornahme von ambulanten und klinischen Schwangerschaftsabbrüchen in allen Städten und Kommunen schaffen.

### **Flensburger Erklärung**

Mit der Verabschiedung der Flensburger Erklärung am Dienstag, den 31.8.2021 fordern wir unter anderem: Eine faire Beteiligung und Partizipation der bestausgebildeten Frauengeneration bei der Entwicklung von Technologien, die Gestaltung einer geschlechtergerechten Arbeitswelt sowie den Schutz vor digitaler Gewalt und Diskriminierung. Um die Digitalisierung als Chance für die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern zu nutzen, muss der Zugang zu relevanten Ressourcen und Kompetenzen sichergestellt werden. Vorbilder und positive vielfältige Beispiele der Darstellung von Geschlecht, Geschlechterrollen, Körpern und Lebensentwürfen sollen gefördert und Medienbildung ausgebaut werden.

Gleichstellungspolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen Fortschritte erzielt. Dazu beigetragen hat die engagierte Arbeit der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Netzwerkpartner\*innen. Der digitale Wandel kann nur gelingen, wenn er gleichstellungsorientiert gestaltet wird. Die Arbeits- und Unternehmenskultur in der Digitalwirtschaft muss sich verändern: hin zu mehr Vielfalt. Unsere digitalen Weichen sind auf Zukunft und Wandel gestellt.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Quellen: Studie: „Free to be online? Girls' and young women's experience of inline harassment“ des Kinderhilfswerks Plan International; Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2021; Bundesverband der Schwangerschaftskonfliktberatung  
BAG-Geschäftsstelle/ Verein zur Förderung der Frauenpolitik in Deutschland e.V., Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin  
Ansprechpartnerin: Ramona Ebert 0 30 – 240 09 812, Fax 0 30 – 240 09 813  
bag@frauenbeauftragte.de www.frauenbeauftragte.de  
Bankverbindung des Vereins: Berliner Sparkasse, IBAN DE97 1005 0000 0073 7277 17 BIC BELADEBEXX

**Informationen zur Konferenz:** [www.frauenbeauftragte.de](http://www.frauenbeauftragte.de)

**Digitale Pressemappe** mit Pressefotos (werden laufend eingestellt) zum downloaden unter:  
<https://www.frauenbeauftragte.org/aktion/26-bundeskonferenz-flensburg>

**Aktuelles zur Konferenz** auf Twitter:  
gleichberechtigt@BAGkommunal und #digitalgleichstellen

Mit freundlichen Grüßen  
Celestine Hassenfratz (Pressereferentin)  
Mail: [buko2021@frauenbeauftragte.de](mailto:buko2021@frauenbeauftragte.de)  
Tel.: 0163 / 64 18 811

**Die Bundeskonferenz wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, sowie der Stadt Flensburg gefördert.**